

Kleine Anfrage an den Urner Regierungsrat

Vernehmlassungsantwort der Urner Regierung zum zweiten Gotthardstrassentunnel

Seit dem Jahr 1994 hat das Urner Stimmvolk insgesamt in vier Abstimmungen klar Nein gegen einen zweiten Gotthardstrassentunnel gesagt. Es ist offensichtlich, dass die Urner Bevölkerung nicht von noch mehr Transitlastwagen aus der EU überrollt werden will. Trotzdem hat es der Regierungsrat bis anhin nicht geschafft, in Bern ein klares und unmissverständliches Zeichen gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung zu setzen, obwohl es sich dabei genau um den gleichen Vorschlag handelt, der das Urner Stimmvolk im Mai 2011 klar abgelehnt hat. Bereits mehrmals hat sich Bundesrätin Doris Leuthard dahingehend geäußert, dass man vom Kanton Uri nicht genau wisse, was er wolle. Auf der einen Seite wolle er keinen Verlad, auf der anderen Seite wolle er aber auch keinen zweiten Strassentunnel. Zuletzt hat sie sich am letzten Freitag an einer Podiumsdiskussion in Luzern in dieser Weise geäußert. Es ist offensichtlich, dass die Bundesrätin lediglich versucht, den Kanton Uri unter Druck zu setzen, indem sie damit im Fall eines Neins zum zweiten Strassentunnel einen Verlad für jeglichen Strassenverkehr im Kanton Uri androht. Es darf aber nicht sein, dass der Kanton Uri so mit sich umgehen lässt. Es ist zudem klar, dass die Urner Bevölkerung als einzige Lösung eine Verladelösung sieht, wenn sie im Mai 2011 derart klar Nein zu einer Zweitröhrenlösung gesagt hat. Dass der Strassentunnel für die Sanierung während einer bestimmten Zeit geschlossen werden muss, war aufgrund des Abstimmungsbüchleins und der Argumentation der Befürworter der Vorlage jedem und jeder bekannt.

Ende März läuft die Frist für die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet ab.

Gestützt auf Artikel 130 der Geschäftsordnung des Landrats des Kantons Uri (GO) ersuchen wir deshalb den Regierungsrat um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Akzeptiert der Urner Regierungsrat den Volksentscheid vom 15. Mai 2011 zur Initiative „Für mehr Sicherheit im Gotthardstrassentunnel und eine starke Urner Volkswirtschaft“ und ist er bereit, in diesem Sinn in der Vernehmlassung unmissverständlich Stellung zu nehmen?
2. Ist der Urner Regierungsrat bereit, ein klares Zeichen gegen den Vorschlag des Bundesrats zu setzen und in erster Linie einen zweiten Gotthardstrassentunnel in jeglicher Form zu verneinen?
3. Ist der Urner Regierungsrat bereit, die Aussage zu machen, dass für den Kanton Uri die einzig akzeptable Lösung in einem vorübergehenden Verlad (egal in welcher Form) besteht? Wenn nein, was unternimmt der Regierungsrat, damit der Eindruck in Bern verschwindet, dass der Kanton Uri weder einen Verlad noch eine zweite Strassenröhre will?

Flavio Gisler, CVP, Schattdorf
Schattdorf, 18. Februar 2013

Simon Stadler, CVP, Altdorf
Altdorf, 18. Februar 2013